

**Zwölfte Sitzung – Douzième séance**

**Mittwoch, 22. Juni 1988, Vormittag**  
**Mercredi 22 juin 1988, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Herr Reichling

88.003

**Zwischenstaatliches Komitee  
für Auswanderung.  
Abänderung der Gründungsakte  
Comité intergouvernemental  
pour les migrations.  
Amendements à l'acte constitutif**

Botschaft und Beschlussentwurf vom 20. Januar 1988 (BBI I, 1489)  
Message et projet d'arrêté du 20 janvier 1988 (FF I, 1425)

Herr **Maitre** unterbreitet im Namen der Kommission für auswärtige Angelegenheiten den folgenden schriftlichen Bericht:

Die Aufgabe des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung (CIME) bestand bis in die sechziger Jahre in der Erleichterung der Eingliederung europäischer Flüchtlinge und Auswanderer in den Einwanderungsländern. Mit dem Einsetzen der grossen Flüchtlingsströme ausserhalb Europas gab sich das CIME schon vor einiger Zeit eine neue Ausrichtung. Es stellt heute den harmonischen Ablauf der Ein- und Auswanderungsbewegungen auf den fünf Kontinenten sicher und erleichtert die Integration der Einwanderer in den Aufnahmeländern.

Aufgrund dieser jetzt weltweiten Tätigkeit beschloss das CIME, heute Zwischenstaatliches Komitee für Auswanderung (CIM), im November 1984 die Revision der Gründungsakte. Der CIM-Rat nahm am 20. Mai 1987 die Abänderung der Gründungsakte einstimmig an. Diese Abänderung hat keine finanziellen und personellen Folgen für den Bund.

M. **Maitre** présente au nom de la Commission des affaires étrangères le rapport écrit suivant:

Le Comité intergouvernemental pour les migrations européennes (CIME) avait pour fonction jusque dans les années soixante de faciliter l'intégration des réfugiés et des émigrants européens dans les pays d'immigration. Du fait des exodes massifs de réfugiés dans des régions extra-européennes, le CIME s'est donné une nouvelle orientation depuis un certain temps déjà. Il s'emploie maintenant à assurer le déroulement harmonieux des mouvements migratoires sur les cinq continents et facilite également l'intégration des migrants dans les pays d'accueil.

Correspondant à ses activités dorénavant déployées à l'échelle mondiale, le CIME, actuellement dénommé Comité intergouvernemental pour les migrations (CIM), a décidé en novembre 1984 de réviser l'Acte constitutif. Le Conseil du CIM a adopté le 20 mai 1987, par consensus, les amendements dudit Acte constitutif. Ces amendements demeurent sans incidence sur les plans financier et du personnel de la Confédération.

*Antrag der Kommission*

Die einstimmige Kommission beantragt Zustimmung zum

Bundesbeschluss über die Genehmigung der Abänderung der Gründungsakte des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung.

*Antrag Steffen*  
Nichteintreten

*Proposition de la commission*

A l'unanimité, la commission vous propose d'accepter l'arrêté fédéral relatif à l'approbation des amendements à l'Acte constitutif du Comité intergouvernemental pour les migrations européennes.

*Proposition Steffen*  
Ne pas entrer en matière

**Steffen:** Ueber das vergangene Wochenende habe ich die bundesrätliche Botschaft zu diesem Geschäft durchgelesen. Hätte ich dies nicht getan, wäre der Bundesbeschluss vermutlich oppositionslos angenommen worden. Ich glaube, dass die wenigsten von Ihnen den Inhalt der Satzung der Internationalen Organisation für Migration zur Kenntnis genommen haben, was kein Vorwurf sein soll. Schliesslich handelt es sich ja nur um eine Abänderung von etwas Bestehendem, und da macht man sich üblicherweise keine grossen Gedanken. Als ich dann aber aus Gesprächen mit einigen aussenpolitisch Interessierten in diesem Saale erfuhr, dass sie den Inhalt der Botschaft – wenn überhaupt – nur sehr oberflächlich studiert hatten, entschloss ich mich, Nichteintreten zu beantragen. Meiner Meinung nach ist es nötig, zuhanden des Protokolls auf ein paar Tatsachen hinzuweisen, die Auswirkungen auf unsere Innen- und Aussenpolitik haben dürften.

Anfang der fünfziger Jahre wurde das Zwischenstaatliche Komitee für europäische Auswanderung – Cime – als intergouvernementale Organisation mit internationaler Rechtspersönlichkeit gegründet. Die Organisation half mit, dass im Europa der Nachkriegszeit 600 000 Flüchtlinge und 700 000 Auswanderer eine neue Heimat fanden. 1980 wurde das Cime wegen der grossen Flüchtlingsbewegungen ausserhalb Europas in Zwischenstaatliches Komitee für Auswanderung umgetauft. Schliesslich, am 20. Mai 1987, nahm der Cim-Rat die in der Botschaft abgedruckte Satzung an.

Aus einer rein europäischen ist eine internationale Organisation im Entstehen begriffen, die allen Ländern der Erde offen stehen soll, und die eine bedeutende Ausweitung ihres Zweckes erfuhr. Auch künftig soll die internationale Organisation für Migration OIM aus Staaten zusammengesetzt sein, die nachweisbar ein Interesse am Grundsatz der Bewegungsfreiheit von Personen bekunden. Ich wiederhole: die nachweisbar ein Interesse am Grundsatz der Bewegungsfreiheit von Personen bekunden. Hier stellt sich die Frage, ob die Schweiz von heute, mit ihrer Gesetzgebung den Nachweis erbringen kann oder darf. Ich werde später auf diese Frage noch zurückkommen.

Die Staaten der OIM wollen sich für den harmonischen Ablauf der Auswanderungsströme und für die gerechte Aufteilung dieser Menschenströme auf den fünf Kontinenten einsetzen und die Vorbereitung und Integration der Auswanderer in das Wirtschafts- und Sozialleben der Aufnahmeländer fördern. Das gemäss Botschaft. Letztere Massnahmen sind angebracht. Aber braucht es eine internationale Organisation, welche die Mechanismen der Auswanderung gängiger macht, sozusagen ölt? Hat die Schweiz ein Interesse an dieser fragwürdigen Entwicklung? Ich komme auch auf diese Frage noch zurück.

Neu ist insbesondere die allgemeine Bezeichnung Migrant (Wanderer). Unter diesen Begriff fallen Flüchtlinge, Verschleppte, Wirtschaftsflüchtlinge und Fremdarbeiter aller Kategorien. Die Staaten der OIM anerkennen in den Satzungen vom 20. Mai 1987 ausdrücklich: «... dass es erforderlich ist, die Zusammenarbeit von Staaten und internationalen Organisationen zur Erleichterung der Auswanderung von Personen zu fördern, die nach Ländern auswandern wollen, wo sie durch ihre Arbeit für ihren Lebensunterhalt selbst

aufkommen können». Also eine Erleichterung wird gefordert, eine Förderung. Wünscht die Schweiz eine solche Erleichterung?

Aus meinen Fragen erkennen Sie, dass die Schweiz die zutage tretende Grundhaltung der OIM mit ihren politischen Realitäten kaum in Einklang bringen kann. Die Forderung nach Bewegungsfreiheit widerspricht der versprochenen Politik des Bundesrates auf Stabilisierung und Reduktion des Ausländerbestandes. Die Schweiz sollte sich nach Meinung verschiedener Parlamentarier – und sicher in Einklang mit einer Mehrheit der Bevölkerung – für eine Bremsung der Wanderströme einsetzen, nicht, wie die OIM es wünscht, für einen harmonischen Ablauf, ja für eine Förderung. Durch das Zusammenwirken von Flüchtlings-, Entwicklungs-, Ausen- und Wirtschaftspolitik möchte die Schweiz z. B. abgewiesenen Asylanten die Rückkehr und Reintegration im Herkunftsland erleichtern. Wir müssen kurz zusammengefasst festhalten, dass wichtige Ziele der OIM den politischen Absichten der Schweiz diametral gegenüberstehen.

In einem weiteren Abschnitt möchte ich auf mögliche Folgen der Erweiterung der einst europäischen zur weltumspannenden Organisation hinweisen. Die OIM wird auch allen Oststaaten und Entwicklungsländern zur Mitarbeit offen stehen. Sollte ein Zusammengehen dieser Staaten stattfinden, wie dies in der Uno oft geschieht, müsste mit grosstem Druck auf die westlichen Industriestaaten, insbesondere auch auf die Staaten Europas, gerechnet werden. Was die Schweiz anbetrifft könnte auf diese Weise, unter Hinweis auf Satzungen und Beschlüsse der OIM, Druck auf die Ausländergesetzgebung entstehen, was unter Umständen zu einer Abkehr von der gängigen Politik führen könnte. Eine solche Entwicklung dürfte wohl nicht im Interesse unseres Landes liegen.

Es folgen noch ein paar freie Gedanken zur Position des neu inthronisierten Generaldirektors. Sie können in der Botschaft auf Seite 17 diesbezügliche Artikel finden, Artikel 18, 19 und 20. Ich nehme den Artikel 19 heraus. Da steht wahrhaftig: «Der Generaldirektor ernennt das Verwaltungspersonal gemäss dem vom Rat genehmigten Personalstatut.» Man hat mir gesagt, das sei üblich. Das war ja wahrscheinlich auch in der Unesco üblich. Da muss ich schon sagen: Es macht den Anschein, als ob man hier das Risiko eingehen wollte, dass Zustände entstehen könnten, wie wir sie bei der Unesco miterlebt haben. Ich erinnere an die jämmerliche Geschichte mit dem Generaldirektor M'Bow und welche Kräfte und Anstrengungen es gebraucht hat, um diesen letzten Endes zum Rücktritt zwingen zu können. Der Generaldirektor der OIM hat also grosse Macht, und ich finde es erstaunlich, dass wir es als demokratischer Staat einfach akzeptieren, dass eine internationale Organisation einer Einzelperson solche Macht anvertraute.

Noch ein paar Gedanken zu den allfälligen Folgen eines Nichteintretensentscheides: Artikel 35 äussert sich hierüber. Als Mitgliedsregierung des Zwischenstaatlichen Komitees für europäische Auswanderung bleibt die Schweiz nach Inkrafttreten dieser Satzungen ein Jahr Mitglied des Komitees, und zwar mit Rechten und Pflichten. Nachher müsste sich die Schweiz um Aufnahme als Staat mit Beobachterstatus bemühen. Ich glaube, als jahrelange Beobachter in der Uno sollten Schweizer Diplomaten es gewohnt sein, ihre Anliegen auf indirektem Weg an die Frau zu bringen.

Eine letzte Bemerkung: Ich möchte Herrn Bundesrat Felber um Auskunft bitten zur Frage: Kann nach allfälligem Mitmachen der Schweiz in der OIM die Einwanderungspolitik, nämlich die Stabilisierung und Reduktion des Ausländerbestandes, fortgesetzt werden?

Ich bitte Sie höflich, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr wohl zu prüfen, ob es sich nicht lohnt, meinen Nichteintretensantrag zu unterstützen. Ich weiss – das ist leider in diesem Saale so –, dass man einem Antrag, wenn er nicht von einer grossen Partei, sondern von einer Einzelperson aus einer kleinen Gruppe kommt, wenig Gewicht beimisst. Aber ich bitte Sie trotzdem, sich die Sache wohl zu überlegen, und ersuche Sie, meinem Nichteintretensantrag zuzustimmen.

**Schmid:** Wenn ein Vertrag keine finanziellen und personellen Folgen für den Bund hat, wie es im Bericht der Kommission für auswärtige Angelegenheiten heisst, so ist das noch kein hinreichender Grund, ihm zuzustimmen. Wenn jedoch ein Vertrag einer guten Sache dient, darf er unseres Erachtens auch finanzielle und personelle Konsequenzen nach sich ziehen. Der Wert der Satzung hängt also nicht davon ab, ob sie etwas kostet oder etwas einbringt, sondern ob sie eine humanitäre Aufgabe zu erfüllen vermag.

Wir sind der Auffassung, dies sei hier der Fall, und die Souveränität der Staaten hinsichtlich ihrer Bevölkerungspolitik bleibe gewährleistet. Die vertraglichen Regelungen des Zwischenstaatlichen Komitees für Auswanderung beschränken sich ja auf jene Länder, in denen sich Möglichkeiten für eine geordnete Einwanderung bieten. Die Organisation anerkennt gemäss Artikel 1 Ziffer 3, dass die Ueberwachung der Aufnahmebedingungen und die Zahl der aufzunehmenden Einwanderer in die Zuständigkeit der einzelnen Staaten fällt. Die Förderung und die Erleichterungen, Herr Steffen, betreffen die Einwanderung nur soweit, als sie die Einwandererstaaten auch zulassen.

Aus diesem Grund ist die grüne Fraktion für Eintreten und für die Zustimmung zum Bundesbeschluss.

**M. Grassi:** Le groupe démocrate-chrétien vous invite à entrer en matière et à refuser la proposition de M. Steffen. Il ne s'agit pas ici d'une nouvelle convention mais de l'adaptation d'une convention existante, à laquelle nous avons adhéré, aux nouveaux buts nécessaires après l'extension du champ d'activité du CIM. La non-entrée en matière n'a aucun sens puisque nous appartenons déjà à cette institution. Aussi, vu l'importance des mouvements migratoires et de réfugiés dans le monde, la convention assure aide et assistance à ces personnes en vue de leur établissement et de leur intégration dans les structures des pays d'accueil. Elle a donc un but éminemment humanitaire, auquel nous nous devons de contribuer.

**M. Rohrbasser:** Au nom de l'UDC, nous vous recommandons de bien vouloir accepter ce message tel qu'il vous est soumis, ainsi que les amendements proposés, lesquels sont surtout d'ordre rédactionnel.

Dans l'ensemble, il s'agit ici d'une sorte de «toilette» de l'Acte constitutif du Comité intergouvernemental des migrations. En outre, en ce qui concerne les incidences du financement de cette organisation aux échelons confédéral, cantonal et communal, elles nous sont déjà connues, aucun changement n'intervenant en la matière.

En conséquence, le groupe UDC vous invite à accepter les amendements y relatifs.

**Frau Grendelmeier:** Ich bitte Sie, den Antrag von Herrn Steffen abzulehnen. Es handelt sich hier eigentlich nicht um eine neue Angelegenheit, sondern lediglich um eine – man kann fast sagen – redaktionelle Angelegenheit, die wir zu beschliessen haben. Sie haben es vorhin gehört: Es geht lediglich darum, dieses «E» zu streichen, und damit wird der Aufgabenbereich als das hingestellt, was er heute ist: nämlich weltumspannend. Es geht nicht mehr um Europa, sondern es geht heute um die ganze Welt. Es ist eine Kleinigkeit, die wir hier anpassen müssen. Ich bitte Sie, Herr Steffen, keine Probleme in eine Vorlage hineinzuprojizieren, die nicht vorhanden sind.

Im Namen der LdU/EVP-Fraktion bitte ich Sie, dieser Botschaft zuzustimmen.

**Bonny:** Ich spreche für die freisinnig-demokratische Fraktion.

Ich möchte Ihnen beantragen, auf diese Vorlage einzutreten. Herr Steffen, Ihr Nichteintretensantrag ist eine Demonstration am falschen Objekt. Gleichzeitig muss ich aber sagen, dass gewisse Gründe, die Sie angeführt haben, die aus einem Misstrauen gegenüber diesen Organisationen kommen, nicht auf die leichte Schulter genommen werden dür-

fen, weil sie doch einer gewissen Grundströmung in verschiedenen Kreisen unseres Volkes entsprechen.

Aber wenn man sich die Sache überlegt, ist es doch so: Das CIME bemüht sich, etwas Ordnung in diese nun einmal vorhandenen Migrationsbewegungen zu bringen. Ich glaube, dass gerade Unordnung auf diesem Gebiet dazu führen kann, dass unerfreuliche Phänomene, wie das Schlepperwesen und die illegalen Grenzübertritte, noch gefördert werden. Wir sind überzeugt, dass es richtig ist, dass die Schweiz bei dieser Organisation mit dabei ist und auch aktiv mitmacht. Das ist in unserem Interesse, es ist aber auch im internationalen Interesse.

Ich muss allerdings sagen: Ein Satz in der Botschaft auf Seite 3 hat auch mir etwas zu denken gegeben. Es geht etwas weit, wenn man sagt «... den harmonischen Ablauf der Auswanderungsströme auf den fünf Kontinenten sicherzustellen und die Vorbereitung und Integration der Auswanderer in das Wirtschafts- und Sozialleben der Aufnahmeländer zu fördern suchte». Ich meine, dass vor allem der erste Teil des Satzes, «den harmonischen Ablauf der Auswanderungsströme auf den fünf Kontinenten sicherzustellen», mit einem gewissen Vorbehalt betrachtet werden muss. Wir werden ja später über das Nord/Süd-Problem sprechen. Ich hoffe, dass dort eine Konklusion herauskommen wird: dass wir versuchen, durch eine gute Entwicklungshilfe die Ursachen für diese Auswanderungsströme zu bekämpfen, zu drosseln. Das Beste ist immer noch, wenn die Leute nicht auswandern müssen, wenn sie in ihrem eigenen Land gut und glücklich leben können.

Die FDP-Fraktion ist für Eintreten und bittet Sie, den Antrag von Herrn Steffen abzulehnen.

**M. Maître, rapporteur:** La Commission des affaires étrangères a approuvé l'arrêté qui vous est soumis à l'unanimité et sans grand débat, tant il est vrai que les modifications qui sont proposées, les amendements qui sont suggérés à l'Acte constitutif n'ont qu'une portée de type rédactionnel et non pas substantiel. Il faut donc que l'on s'exprime très brièvement sur la proposition de non-entrée en matière de M. Steffen.

Monsieur Steffen, le Comité intergouvernemental pour les migrations a précisément pour objectif de coordonner les flux migratoires et de tenter de mettre un peu d'ordre dans des situations qui sont effectivement très complexes. Dans ce sens, je suis convaincu que le CIM fait une oeuvre utile qui contribue, avec des moyens différents, à l'un des objectifs de la politique helvétique, aussi bien sur le plan humanitaire qu'à l'échelon de la prise en charge sur notre sol d'un certain nombre d'étrangers dans le cadre d'une politique qui – vous l'avez rappelé à juste titre – est celle de la stabilisation. Dès lors, je ne comprends pas votre proposition de non-entrée en matière. Elle va à l'encontre des buts, en soi légitimes, que vous cherchez à atteindre dans la mesure où vous adhérez à la politique de stabilisation du Conseil fédéral. Je serais tenté, en cette période de championnat de football de dire que votre proposition est une forme d'«auto-goal», car le Comité intergouvernemental pour les migrations est précisément un des instruments dont la communauté internationale a besoin pour mettre un peu d'ordre dans le «foisonnement» auquel on assiste en matière de migrations.

Telles sont les raisons pour lesquelles la Commission des affaires étrangères vous propose d'entrer en matière et de rejeter la proposition de M. Steffen.

**Sager, Berichterstatter:** Gehen wir vom Satz von Herrn Steffen aus, die Aufgabe der Schweiz sei es, die Flüchtlingsströme zu begrenzen. Man kann diesem Satz zustimmen oder man kann ihn ablehnen. Wir müssen etwas mehr differenzieren. Das Flüchtlingsproblem hat einen kausalen Aspekt und das ist der politische. Was sind die Gründe dafür, dass es Flüchtlingsströme gibt? Diese Frage zu behandeln, dagegen vorzugehen, ist Aufgabe nicht unseres Parlamentes, sondern politischer Organisationen. Es gibt einen zweiten Aspekt, und das ist der symptomati-

sche. Es gibt Flüchtlingsströme auf der Welt, und es ist eine humanitäre Aufgabe, dass man diesen Flüchtlingen beisteht. Es ist eine völlig falsche Interpretation, Herr Steffen, wenn Sie den Satz, es sei die Aufgabe des CIM, den harmonischen Ablauf der Auswanderungsströme auf den fünf Kontinenten sicherzustellen, im Sinne einer Förderung der Flüchtlingsströme interpretieren. Denken Sie an die Boat-people in Vietnam, an diese ganz schrecklichen Erfahrungen mit über einer Million Flüchtlingen, von denen über eine halbe Million das Leben auf dem Fluchtweg verloren hat. Wären wir nicht alle froh, wenn auch wir mehr dazu beigetragen hätten, um diesen Flüchtlingen einen harmonischeren Abgang aus ihrem Land sicherzustellen?

Es gibt einen zweiten Einwand gegen den Nichteintretensvorschlag von Herrn Steffen, und das ist, dass Sie damit gegen ganz wichtige internationale Abkommen verstossen. Ich nenne zunächst die beiden Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom Jahre 1966 und die Helsinki-Schlussakte. In beiden ist das Recht auf freie Auswanderung stipuliert. Das ist ein fundamentales Menschenrecht, für das wir kämpfen, und wir sind dankbar, dass sich internationale Organisationen einsetzen, um dieses Recht durchzusetzen. Das ist ein wichtiges Anliegen, und das sollten wir nicht gefährden mit dem Hinweis darauf, dass einige Länder glauben, das Boot sei voll. So voll, wie es sein kann, ist es längst noch nicht. Daher beantragt die Kommission Ablehnung des Nichteintretensantrages von Herrn Steffen.

**M. Felber, conseiller fédéral:** Le Conseil fédéral vous invite à rejeter la proposition de non-entrée en matière, présentée par M. Steffen.

Je n'aurai pas besoin d'insister sur le caractère de cette organisation internationale pour les migrations. Plusieurs des porte-parole des groupes ainsi que les deux rapporteurs de la Commission des affaires étrangères ont très exactement souligné l'importance de cette organisation. Il ne s'agit pas d'une institution mammoth mais, à travers ce que nous vous suggérons aujourd'hui, nous voulons souligner l'orientation fondamentalement humanitaire du CIM.

La question que posait M. Steffen peut, évidemment, exiger une réponse. J'y répondrai donc en deux temps. Tout d'abord, une non-entrée en matière signifierait pour nous une non-adaptation de l'Acte constitutif du CIM, alors que nous appartenons à cette organisation. Ce serait une désolidarisation et nous laisserions les pays étrangers régler seuls les grands problèmes internationaux relatifs aux réfugiés. Ensuite, l'organisation, il faut le souligner, n'a pas de fonction propre, sinon celle de coordonner. Elle ne décide pas des migrations, elle n'implante pas des émigrés, elle tente de coordonner les efforts de toutes espèces d'institutions et d'Etats qui sont amenés à résoudre les problèmes de réfugiés.

Vous avez lu attentivement le message du Conseil fédéral et je vous remercie. Cependant, vous avez oublié une phrase extrêmement importante qui est la réponse à votre question. Au chapitre I, le chiffre 3 stipule que «l'organisation reconnaît que les critères d'admission et le nombre des immigrants à admettre dans les pays sont des questions qui relèvent de la compétence nationale des Etats et, dans l'accomplissement de ses fonctions, elle se conforme aux lois et aux règlements ainsi qu'à la politique des Etats intéressés». Il n'y a donc pas de possibilité, en fonction même des statuts du CIM, que cette organisation vienne imposer à un Etat une solution concernant sa politique intérieure en faveur ou en défaveur des réfugiés.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	113 Stimmen
Für den Antrag Steffen	2 Stimmen

#### Detailberatung – Discussion par articles

#### Titel und Ingress, Art. 1 und 2

#### Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Titre et préambule, art. 1 et 2***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Beschlusentwurfes	125 Stimmen
Dagegen	2 Stimmen

*An den Ständerat – Au Conseil des Etats*

88.012

**Delegation beim Europarat. Bericht****Délégation auprès du Conseil de l'Europe. Rapport***Antrag der Kommission*

Kenntnisnahme vom Bericht

*Proposition de la commission*

Prendre acte du rapport

M. Butty présente au nom de la Délégation parlementaire suisse auprès du Conseil de l'Europe le rapport écrit suivant (*deutscher Text siehe «Amtliches Bulletin» des Ständerates, Sommersession 1988*):

**Rapport sur la 39e session ordinaire de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe***1. Introduction*

La Délégation parlementaire auprès du Conseil de l'Europe soumet le présent rapport sur son activité durant la 39e session ordinaire de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe, qui a siégé à Strasbourg, au cours de trois sessions partielles, entre mai 1987 et fin janvier 1988. La session d'été s'est tenue à Lausanne. Durant l'exercice, notre délégation était composée comme il suit:

*Conseil national*

Butty (président), Morf (vice-présidente), Cantieni, Dupont, Müller-Argovie, Pini, Riesen (jusqu'en septembre 1987), Ruffy (depuis janvier 1988), Sager

*Conseil des Etats*

Debétaz, Gadiet, Dreyer, Miville

*Fonctions assumées par des membres de notre délégation*

Au début de la session de printemps M. Butty a été réélu à la présidence de la Commission du règlement (il a également continué à présider le «groupe de contact Chypre»); M. Dupont a été reconduit à la présidence de la Commission du budget; M. Sager s'est vu confier celle de la Commission des relations avec les pays européens non membres; M. Debétaz a été reconduit à la présidence de la Commission des affaires économiques et du développement et à celle de la sous-commission des relations avec la FAO et le PAM de la Commission de l'agriculture; M. Pini a été réélu à la vice-présidence de la Commission des questions sociales et de la santé et à la présidence de la sous-commission de l'emploi de la même commission; Mme Morf a été réélue à la présidence de la sous-commission des questions bio-éthiques de la Commission des questions sociales et de la santé et à celle de la sous-commission des médias de la Commission de la culture et de l'éducation.

Plusieurs membres de notre délégation ont été nommés rapporteurs de commissions durant l'exercice.

*2. Développements importants sur le plan de l'intégration européenne. Etat de la collaboration entre l'AELE et la CE*  
Réunis à Bruxelles le 2 février 1988, les ministres des affaires économiques des pays membres de la Communauté européenne et de l'Association européenne de libre-échange, ainsi que les représentants de la commission de la CE ont fixé le cadre de la coopération visant à créer, un espace économique entre les deux groupes en vue la réalisation d'un marché intérieur au sein de la Communauté. Le projet d'espace économique européen est issu de la première rencontre entre les ministres de l'AELE et ceux de la CE à Luxembourg, en 1984. Alors, le projet de marché intérieur de la CE n'avait encore été qu'esquissé. Les pays membres de l'AELE reconnuent cependant bientôt qu'il était nécessaire de créer simultanément un espace économique européen et le marché intérieur de la CE, afin d'éviter que de nouvelles entraves au commerce ne surgissent. En raison des difficultés que soulève la formation d'un marché intérieur, la Communauté européenne n'a pas tardé à déclarer qu'elle accordait la priorité à la réalisation de ce programme sur le développement de ses rapports avec les pays membres de l'AELE et que ceux-ci n'auraient pas le droit de participer aux décisions.

La déclaration adoptée à Bruxelles par les ministres de l'AELE et ceux de la CE confirme la priorité accordée à l'achèvement d'un marché intérieur et reconnaît la nécessité de tenir compte des structures institutionnelles et juridiques spécifiques des deux groupes. Les ministres ont été d'accord pour estimer qu'il fallait développer la coopération de manière pragmatique, sur une base tant multilatérale que bilatérale, et qu'il convient de poursuivre et d'intensifier les échanges de vues et d'informations anticipés.

Bien que la CE ait donné la priorité aux affaires internes, les Etats de l'AELE sont parvenus durant l'exercice à obtenir que l'on se rapproche de l'objectif qu'ils se sont fixés, à savoir le développement si possible parallèle de l'espace économique européen et du marché intérieur de la CE, et ont posé les jalons qui permettront de progresser. Il y a lieu de signaler notamment en l'occurrence, les premières conventions multilatérales conclues entre l'AELE et la CE concernant, l'une, la simplification des formalités douanières (document unique) et l'autre un régime de transit commun dans les échanges de marchandises entre les pays d'Europe occidentale; ces conventions ont été approuvées l'année passée par les Chambres fédérales et sont entrées en vigueur entretemps.

En décembre 1987, le comité des ministres de l'AELE a prévu, à titre de contribution à la création d'un espace économique européen, l'obligation de s'informer mutuellement au sujet de nouvelles prescriptions techniques prévues. Les ministres ont déclaré qu'ils étaient également prêts à engager des négociations avec la CE sur l'élaboration d'une procédure d'information réciproque dans ce domaine. On espère qu'à l'occasion de la prochaine réunion entre les ministres de l'AELE et les représentants de la commission de la CE en juin 1988, un accord sur la liaison des deux systèmes pourra être conclu.

Au cours de décembre dernier, les ministres de l'AELE ont également décidé d'élaborer une convention de l'AELE sur la reconnaissance réciproque des examens et des diplômes. Dans ce domaine aussi, on cherche à établir une coopération entre le système de l'AELE et celui de la CE.

En outre, actuellement, quinze groupes d'experts AELE-CE travaillent à élucider dans de nombreux domaines les possibilités d'une collaboration accrue entre les pays de l'AELE et la CE. La déclaration faite par les ministres à Bruxelles le 2 février 1988 donnera probablement de nouvelles impulsions en l'occurrence.

*Etat de la collaboration entre le Conseil de l'Europe et la CE*

Le 16 juin 1987, le secrétaire général du Conseil de l'Europe et le président de la Commission des Communautés européennes ont convenu d'intensifier la collaboration entre les deux institutions dans tous les domaines, l'élaboration de conventions en commun étant notamment envisagée. Il

**Zwischenstaatliches Komitee für Auswanderung. Abänderung der Gründungsakte**  
**Comité intergouvernemental pour les migrations. Amendements à l'acte constitutif**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1988
Année	
Anno	
Band	II
Volume	
Volume	
Session	Sommersession
Session	Session d'été
Sessione	Sessione estiva
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	12
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	88.003
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.06.1988 - 08:00
Date	
Data	
Seite	795-798
Page	
Pagina	
Ref. No	20 016 391

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.